

SPD und Linke wollen gesetzlichen Mindestlohn



Wie viel Geld müssen Arbeitnehmer verdienen und wer bestimmt das? Um diese Frage ging es am Freitag unter anderem im Landtag in Hannover. Beim Bundesparteitag am Wochenende diskutiert die CDU erstmals über einen Mindestlohn. Dieser soll aber nicht gesetzlich festgeschrieben, sondern von den Tarifpartnern ausgehandelt werden. Diese Position verteidigten die Christdemokraten auch im Landtag. Die schwarz-gelbe Landesregierung benutzt dabei aber lieber den Begriff Lohnuntergrenze. Sie soll in Zukunft den Niedriglohnsektor regeln, sagte FDP-Fraktionsvize Klaus Rickert.

Marktwirtschaftlich oder gesetzlich?

Arbeit muss den Menschen ernähren, findet auch CDU-Fraktionsvize Dirk Toepffer. Die Grenze solle aber von den Tarifpartnern selbst bestimmt werden, so Toepffer. Dafür gibt es Kritik von der Landtagsopposition. Arm trotz Arbeit - das sei das Kernzeichen von Schwarz-Gelb, meint SPD-Arbeitsmarktexperte Ronald Schminke. An Stelle einer marktwirtschaftlich festgelegten Lohnuntergrenze fordert die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Linkspartei geht noch einen Schritt weiter, sie möchte einen bundesweiten Mindestlohn von 10 Euro ins Gesetz geschrieben haben.

Quelle: <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/landtag461.html>

Stand: 11.11.2011 16:32 Uhr